

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Preis des Jahrgangs 10 Mark. Einzelhefte 1/2 Mark. ...

**Das Bankgeschäft**  
von  
**Koppel & Co.**  
befindet sich Schloss-Strasse 19,  
Ecke der Sporergasse.

**25 Briefbogen und 25 Couverts,**  
englischen Format,  
mit Monogrammen (2 beliebige Buchstaben, verschnitten),  
verpackt in einem eleganten Carton, 1 Mark. — Unser  
Sortiment besteht aus 312 verschiedenen Monogrammen.  
6 Sophienstrasse, **J. Bargou Söhne**, Sophienstrasse 6,  
Eckhaus an der Sophienkirche.

**Kinder-Garderoben-Magazin**  
von **J. Boss**, Wilsdrufferstrasse 43  
empfiehlt ein reichhaltiges Lager **eleganter Garderobe**  
für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren.  
Bestellungen nach Mass werden in eigenen Ateliers  
prompt erledigt.

Schwergericht. Broch Dingel und Genossen. Abends 10 Uhr verurtheilt der Verdict auf Grund des Wahrruches der Geschworenen das Urtheil. Dingel wurde unter Auf-

schluß mildernder Umstände zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust, die Weig zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust, die Wähne zu 2 Monaten

Gefängnis, weil er als verurtheilt zu betrachten sind, die Mängel unter Annahme mildernder Umstände zu 6 W. Gefängnis und 1 1/2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurtheilt. Die Kaufmann wurde freigesprochen.

Nr. 186.

Abdruckung vom 3. Juli: ... Sonntags, 4. Juli.

**Politik.**  
**Schluss des preussischen Landtages, Vertagung des deutschen Bundesrathes, Beendigung der Griechen-Conferenz** — ein wohlthuerender Dreiklang, der von Berlin aus in die Welt hinaustritt. Sorgen nicht die Parlamente Frankreichs und Englands gerade jetzt für höchst interessanten Stoff, so würde Europa, wenigstens was die beratenden Körperschaften anlangt, sich vollständiger sommerlicher Ruhe erfreuen können. Denn außerhalb der Parlamente wird ja so bald lebhaft genug werden. Mit der Zustimmung des preussischen Herrenhauses zu der Kirchenbilanzvorlage verschwindet ein des zum Ueberdruß behandeltes Thema für längere Zeit von der Tagesordnung. Kein großes Concert kann heute stattfinden, ohne daß die Kapelle die „türkische Scharwache“ zuehrt; keine Zeitung kann der Geschäftsmann in die Hände nehmen, ohne von der Kirchenvorlage zu lesen — alle Welt athmet auf, daß das nun anders wird. Der Bundesrath wird seine Sitzungen erst im September aufnehmen. Dann sollen sich die leitenden Minister Deutschlands in Berlin versammeln, um unter ihrer persönlichen Theilnahme die größeren Gesetzgebungsarbeiten für das Reich fertig zu stellen. Diese neue Art der Geschäftsabhandlung verpflichtet nach allen Seiten beträchtliche Vortheile gegen das bisher übliche Verfahren. Mittlerweile arbeitet das Reichsoberhaupt neue Steuerprojekte aus. Uebrigens, als neue Steuern, darf man ja von dieser Seite nur ausnahmsweise erwarten. Die bereits zweimal verunglückte Brausesteuer soll abermals in Angriff genommen, das im Reichstag durchgeflossene Stempelgesetz gründlich umgearbeitet werden. Nur von der Erhöhung der Branntweinsteuer ist Alles still. Auch von der Erhöhung der Zuckersteuer verläutet kein Wort. Wohl aber erhalten die offiziellen Blätter, auch das der sächsischen Regierung, sehr bewegliche Schilderungen von den verheerenden und entsetzlichen Werthungen der Branntweinpest. Jedes Wort kann man da unterschreiben. Der unmäßige Alkoholgenuß lodert das Familienleben, vermehrt die Verbrechen, bevölkert die Zuchthäuser, überfüllt die Irrenanstalten, richtet ganze Generationen moralisch und physisch zu Grunde. Man empfiehlt als Gegenmittel Mäßigkeitsvereine und Errichtung von Bäumen, in denen die ärmeren Klassen durch Verabreichung von Kaffee, Thee und Socolade zu billigen Preisen von dem Bedürfnis spiritueller Getränke entzöhnt werden. Bravo! Herrlich! Ausgezeichnet! Aber macht doch keine Wirthschaft, Ihr Herren! Ein viel wirksameres Mittel zur Bekämpfung der Branntweinpest ist die Erhöhung der Branntweinsteuer. Statt dessen erhöht Ihr nur immer die Preise aller derjenigen Verbrauchsgegenstände, deren Genuß nach der Erkenntnis der Wissenschaft und erfahrungsgemäß das wirksamste Gegenmittel gegen den Branntweinconsum bildet, nämlich Kaffee, Thee und Bier. Weil aber das Schnapsbrennen die hauptsächlichste Einnahmequelle und die stärkste Stütze zur Aufrechterhaltung der sozialen Stellung der sehr christlich gesinnten Rittergutsbesitzer der östlichen Provinzen Deutschlands ist, trachtet man hohen Ortes nach immer weiteren Abgabebieten des preussischen Kartoffelspiritus und will von einer höheren Branntweinsteuer absolut Nichts wissen. Daher die Vertheuerung der Schnapssteine Thee, Kaffee und Bier, daher Erhaltung des billigen Schnapses. Wer das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Branntweinpest zurückweist, hat wenig Recht über die sittlichen Schäden derselben zu lamentiren.

ein Ermähler die Wahl habe, einen Eid oder eine Gelobung an Gidesstatt zu leisten. Sofort nahm denn nun der bisher ausgeschlossene Brablaugh seinen Parlamentssitz ein. Groß war die Reue der Whigs freilich nicht, die sich für ihren Führer aussprach. Sie hatte 120 Stimmen betragen sollen, statt dessen errang Gladstone seinen Sieg nur mit 54 Stimmen Mehrheit. Diesen seiner Parteigenossen ging es gegen den Mann, einen kürzlich gefassten Beschluß umzusetzen und noch dazu zu Gunsten eines Gottesläugners. Aber schließlich siegte doch die gesunde Vernunft. Mein Parlament kann sich zum Gewissensrichter machen. Gladstone, ein eifriger Hochkirchler, ein Mann von tiefer, aufrichtiger Religion, gab der Wahrheit die Ehre, indem er ausrief, daß das Ausschließen Brablaugh's ein Ketzergericht bedeuten würde. Er stellte die Vertrauensfrage und seine Partei lieh ihm nicht im Stiche. Wie tief diese Eidesleistungsfrage die religiösen Gefühle der Engländer aufreiste, ist unlaßlich. Viele mit zahlreichen Unterschriften bedachte Petitionen liegen dem Unterhause vor: Uebrigens verlangen den Ausschluß jedes Gottesläugners, ja sogar die Verbanung der Stadt Northampton um ihr Wahlrecht, Andere treten für Brablaugh ein. Eine Masse Volksversammlungen für und gegen fanden statt, 110 weitere sind hierfür in ganz England vorbereitet. Ganz erledigt ist die Brablaugh-Frage nicht, denn trotz der Zulassung desselben zum Parlament kann ihn Jedermann vor den ordentlichen Gerichten des Landes „wegen Ujurpation“ belangt. Gladstone hat aber durch den Ausspruch des Vertrauens des Unterhauses nunmehr die Kraft gewonnen, seine Orientpolitik durchzuführen zu können. Wenigstens den Versuch kann er machen. Was er freilich thun wird, um Griechenland in den Besitz des ihm von der Konferenz zugesprochenen Stückes der Türkei zu setzen, das ist alle Welt begierig zu erfahren. Die türkischen Staatsmänner versuchen mit gewohnter Schlaueit, Scheinbar unterwerfen sie sich der „arbitrage“ der Berliner Konferenz (dieses Wort bedeutet ebensoviel „Gutachten“ als „Schiedspruch“), unter der Hand rufen sie sich, die Gerichten mit blutigen Häfen zuzuschleusen, wenn sie den Olymp und Janina nehmen wollen. Sie setzen sich hinter die ihre Heimath vor der „Verstümmelung“ bewahrenden Albanesen.

**Politisches und Sächsisches.**  
— S. M. der König besuchte in Leipzig am Sonntag den 2. Juli die Ausstellung des Kulturministeriums Dr. v. Gerber das neue Landwirthschaftliche Institut, das zoologische und das landwirthschaftliche Institut und das neue Staatsgymnasium. Zu der Ausstellung waren zahlreiche Einladungen ergangen. Abends wurde der König der Vorstellung der „Vier Könige“ (Der jüngste Zeugniss) mit Kgl. Orchestre Begleitung im neuen Stadttheater bei. Am Sonntag wollte der König die Grafen von Hohenhausen und die Reichsgrafen, sowie die Mitglieder der Reichs- und Rechtsanwaltschaft bei dem Reichsgericht in Audienz empfangen; für den Abend war ein Besuch der Beilage des Herrn v. Taubnitz in Altona in Aussicht genommen.

Die wachsende Mißstimmung über die inneren Verhältnisse in Deutschland gelangte in Längst zu einem höchst bezeichnenden Ausdruck. Längst war bisher einer der festesten Stütze des Nationalliberalismus. Eine mächtig große, wohlhabende Stadt ohne innere Zwistigkeiten und ohne eigentlichen Proletariat, außerdem stets unter den Vornehmsten bei den nationalliberalen Juristenschreibern, fiel ohne sonderliche Anstrengung der Gegner von ihrer bisherigen Fahne ab und wählte einen Fortschrittsmann, den zweiwöchentlichen Abgeordneten des Reichstagsabgeordneten. Das hat in Berlin denn doch sehr verblüfft. Aber die Lehre zieht man nicht daraus, daß die jetzige Art, innere Politik zu treiben, das Aufzählen und Umschreiben der schlagendsten Einrichtungen eben schließlich die Gemüthsstimmung in das oppositionelle Lager treibt, wo man eben Leute findet, die kein Gummigeld zum ewigen Jagden besitzen.

### Neuere Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

**Berlin, 3. Juli.** Heute beschloß sich das Herrenhaus mit der Vertagung der Kirchenvorlage. Im Namen der Kommission beantragte Justizrath Adam die unveränderte Annahme der Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses. Der Kultusminister von Kuttner erklärte, um den Beschwerden der katholischen Bevölkerung abzuwehren, acceptirte die Regierung die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt und ergriff die Annahme des Entwurfs der Kommission. Der Graf v. Bülow vertritt den Standpunkt des Centrums gegen die Vorlage. Mein emsiger König sei nach Genua gegangen und doch seien dort die Katholiken freier als irgendwo. Graf zur Lippe beantragt Wiederberufung des 1. und Einschickung einer Resolution, um Grund und Uebersicht der antichristlichen Verhältnisse durch Graf v. Kuttner in ihre Stellen zurückgeführt werden können. Minister v. Kuttner: Ich bin der Ansicht, daß die Vorlage eine große Differenz zwischen der Regierung und dem Reichstag herbeiführen würde. Die unüberwindliche Grundfrage ihrer Kirchenpolitik. Herr v. Landberg gegen die Vorlage. Referent Adam: Wenn die Herren Graf Bülow u. s. w. die einzelnen Bestimmungen der Vorlage billigten, sei es consequenter, daß sie stimmen, ohne daß sie deshalb die Majorität anerkennen. Eine diesbezügliche Erklärung wurde sie der jetzigen Präjudiz. Die Vorlage des Grafen zur Lippe wurden theils abgelehnt, theils zurückgezogen. Die Kirchenvorlage wurde zuletzt in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert angenommen. Abends 8 Uhr wurde in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser der Landtag geschlossen.

— Bei dem Besuche Sr. Majestät des Königs in dem Stadttheater von Leipzig und Orchester wurden zwei größere Bilder, die den Kampf zwischen dem Schloß und der Druckerie fertig gemacht. In der Schriftleitung des Reichs, dem „Dresdner Journal“ zufolge, eine Type mit dem Portrait des Königs und einer Erinnerungswürde an den hohen Besuch der Wälschne. Auch das weitverbreitete Buchhändler- und Buchbindergewerbe von Weidmar erhielt die Ehre des königlichen Besuchs. Dann besuchte der Landesfürst in den Vorlesungen der Professoren Lange, Feine, Bunde, Erd und Wiedel. Am Sonntag Morgen fand Parade der Regiment Nr. 106 u. 107 statt.

**Wien, 3. Juli.** Heute beschloß sich das Herrenhaus mit der Vertagung der Kirchenvorlage. Im Namen der Kommission beantragte Justizrath Adam die unveränderte Annahme der Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses. Der Kultusminister von Kuttner erklärte, um den Beschwerden der katholischen Bevölkerung abzuwehren, acceptirte die Regierung die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt und ergriff die Annahme des Entwurfs der Kommission. Der Graf v. Bülow vertritt den Standpunkt des Centrums gegen die Vorlage. Mein emsiger König sei nach Genua gegangen und doch seien dort die Katholiken freier als irgendwo. Graf zur Lippe beantragt Wiederberufung des 1. und Einschickung einer Resolution, um Grund und Uebersicht der antichristlichen Verhältnisse durch Graf v. Kuttner in ihre Stellen zurückgeführt werden können. Minister v. Kuttner: Ich bin der Ansicht, daß die Vorlage eine große Differenz zwischen der Regierung und dem Reichstag herbeiführen würde. Die unüberwindliche Grundfrage ihrer Kirchenpolitik. Herr v. Landberg gegen die Vorlage. Referent Adam: Wenn die Herren Graf Bülow u. s. w. die einzelnen Bestimmungen der Vorlage billigten, sei es consequenter, daß sie stimmen, ohne daß sie deshalb die Majorität anerkennen. Eine diesbezügliche Erklärung wurde sie der jetzigen Präjudiz. Die Vorlage des Grafen zur Lippe wurden theils abgelehnt, theils zurückgezogen. Die Kirchenvorlage wurde zuletzt in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert angenommen. Abends 8 Uhr wurde in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser der Landtag geschlossen.

— Durch die Wahl eines höheren Staatsbeamten zum Bürgermeister haben die Stadtverordneten Dresden dem Rathkollegium ein nicht unüberwindliches Widerstandsbotum erteilt. In der Bürgerwahl ist die Ueberzeugung lebendig und sie spricht sich, nachdem sich die erste Ueberzeugung gelegt, immer unumwundener aus, daß in dieser Angelegenheit unerbittlich nicht irgendwelcher Grund vorlag. Mehr wie ein Mitglied zählt das Rathkollegium, das zur ehrenvollsten Aufkündigung des Bürgermeisters wohlverpflichtet war. Sie aber ist es nur, so trägt man allgemein, gekommen, daß man zu einem ziemlich Unbekannten geht? Die Verleugung des Gewählten kann bei dem Folgenden umso mehr außer Betracht bleiben, als derselbe wohl selbst keine Klage hat, zu welchen Umständen seine Wahl gemeinlich wurde. Herr Geh. Justizrath Richter ist eine durchaus ehrenhafte, laudable Persönlichkeit; man rühmt außerdem seine große Weisheitsbesessenheit und ungewöhnliche Paragrafenkunde. Letztere Umstände bewegen wohl auch das Justizministerium, den die dahin nur wenig bekannt und sich nur einer geringen Anzahl erachtenden Rechtsanwältin in den Staatsdienst zu berufen. Wirkliche Erlaubungen besitzt derselbe offenbar nur in bezug auf die Verhältnisse, die ein Bürgermeisteramt nicht gerade zu verachten und durch Paragrafenkunde nicht zu erlangen sind. Doch, nicht gegen den Herrn Geh. Rath wollen wir polemisiren, vielmehr die Beweggründe der Mehrheit der Stadtverordneten andeuten. Zunächst ist die letzte Wahlpolitik eine Hauptrolle. Wie haben stets den Grundlag verprochen, daß die Politik nicht in die Gemeindegeldern hineingeworfen habe. Dies thun wir auch heute noch und umso unbedauerlicher, als Herr Geh. Justizrath Richter kein Nationalliberaler ist und wohl gemüthslich kompromittirten Anschauungen huldigt. Dem Seiler aber, der diesmal den Wählerhaken trug, lag vor Allem daran, einen verdächtigen Fortschrittsmann auszuschließen. Daher gewann man die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen. Man gewann sie zum Theil aber auf eigentümliche, bisher in Dresden gänzlich unbekannte Weise. Der Mechanismus, den ein bekannter Oberkonsulent anwendete, um einen glücklichen Guss weiterführender Elemente zu Stande zu bringen, als danks sei sich um leicht gefällig zu machendes Jinn, ist hier zu Lande noch nicht im Geringsten. Wirklich war er aber. Der Gewählte tritt nun in ein Rathkollegium, das menschen-naturliche Merkmale nicht gerade mit Schrempfen empfangen wird. Werde ihm man auch, daß sich Schwierigkeiten für gute kollegiale Beziehungen herausstellen. Einen leichteren Stand wird der neue Herr Bürgermeister kaum haben. Zu einem flotten Geschäftsgange kann das nicht dienen. Das Syndikat wird ihm der Stadtrat kaum zuteilen, worauf die Arbeiter seiner Wahl ihm unbedeutend zunächst hinwerfen. Wie sehr findet der Stadtrat mit Recht, daß kein Grund vorhanden ist, Herrn Richter, der diese Arbeiten bisher ausgezeichnet wahrnahm, sie zu nehmen. Bekannt ist auch die Abneigung des Herrn Geh. Rath gegen die Verleugung. Gung berichte doch so weit, die Verleugung für ein gemeinlichkeithliches Institut zu erklären. Alles in Allem ist keine Wahl ein reinlicher Schachzug des Stadtverordnetenkollegiums, dem an sich mir für die Jagdgesellschaft der Verleugung eines Hofensinstituts keinen Vorwurf machen wollen.

— Das Collegium der evangelisch-lutherischen Mission zu Leipzig hat an Stelle des verstorbenen Oberkonsulenten-Präsidenten Dr. v. Parley unter einmüthiger Zustimmung der General-Versammlung den Ober-Kirchenrath Dr. Altfeld zu Schwerin zu seinem Vorstehenden ernannt.

Endlich ist die Brablaugh-Frage in einem Sinne erledigt, der dem Vernunft am meisten gerecht wird. Gladstone hat eine Abänderung der Geschäftsordnung des Unterhauses dahin festgesetzt, daß